



**Synopse
der Parteienbefragung
(CDU, FDP, GRÜNE,
Die LINKE, PIRATEN, SPD)
zum Thema Freihandel
anlässlich der
Bundestagswahlen 2017**

Wieviel CETA steckt in unseren Parteien?

Zusammengestellt vom
Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA & TISA
für die Podiumsdebatte am 06. September 2017
im Haus am Dom in Frankfurt am Main

FRAGEN 1 – 10:	CDU (Matthias Zimmer)	FDP (Torsten Kutzner)
<p>Frage 1: Blockbildung und Sicherheit Wir sehen die Gefahr, dass die Handelsabkommen zwischen den Industrienationen zur wirtschaftlichen Abschottung gegen die Entwicklungsländer führen und somit die Weltlage durch die Bildung dieser großen wirtschaftlicher Blöcke noch instabiler wird. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Ich sehe die Chance, dass durch die Anerkennung und Harmonisierung von Regeln in den Handelsabkommen auch Entwicklungsländer in Form eines erleichterten Marktzuganges profitieren.</p>	<p>Die Freien Demokraten unterstützen das Ziel, Handelsabkommen unter dem Dach der WTO abzuschließen. Da die Verhandlungen der WTO aber stocken, sind bilaterale Freihandelsabkommen ein sinnvolles Instrument, um fairen Wettbewerb unter Achtung der Verbraucher- und Umweltschutzrechte sicherzustellen.</p>
<p>Frage 2: Transparenz Fühlen Sie sich zu den aktuell verhandelten Abkommen TISA, EU-Japan und EU-Singapur als PolitikerIn ausreichend informiert? Wenn Nein: Wo sehen Sie Mängel in der Transparenz der Inhalte der Verhandlungen?</p>	<p>Bislang gab es dazu keine explizite parlamentarische Befassung. Über einen Mangel an Informationen kann ich mich bei meiner Recherche nicht beklagen. Und bzgl. der Verhandlungen: Da wären regelmäßige Wasserstandsmeldungen der Verhandlungsstrategie abträglich. Und ich will ein gutes Ergebnis für uns!</p>	<p>In puncto Transparenz sind in den vergangenen Monaten bereits deutliche Verbesserungen eingetreten. Entscheidend ist, dass ein Abgeordneter, der über ein Abkommen zu entscheiden hat, umfänglich Einblick in die „Materialien“ zum Abkommen erhalten muss und ausreichend Zeit zur Prüfung hat.</p>
<p>Frage 3: Investorenschutz ICS Wie bewerten Sie die Gefahr, dass durch den Investorenschutz die demokratische Gesetzgebung ausgehebelt wird und der Steuerzahler die Kosten zu tragen hat? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Gefahr ausschließen?</p>	<p>Schon die Fragestellung ist einseitig. Gegenfrage: Dürfen demokratische Gesetzgeber entschädigungslos enteignen? Nein, dürfen sie natürlich nicht. Und um Fälle in der Grauzone von Enteignung und demokratischer Gesetzgebung zu klären ist diese Investorenschutzklausel notwendig.</p>	<p>Investitionsschutz ist sinnvoller Bestandteil von Handelsabkommen. Mit CETA ist es gelungen, eine Investitionsgerichtsbarkeit zu schaffen und dabei Kritikpunkte an bisherigen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren durch den begrenzten Anwendungsbereich und klare Regelungen zu beseitigen.</p>
<p>Frage 4: Regulatorischer Rat Als so genanntes „lebendiges Abkommen“ soll CETA auch nach Vertragsabschluss ständig verändert werden, ohne dass der Bundestag, der Bundesrat und das EU Parlament beteiligt werden soll. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Das ist in anderen Verträgen bislang auch Praxis. Beim aufmerksamen Lesen des Vertrages fällt auf: Die Entscheidungen des CETA Joint Committee müssen nach Art. X.03 umgesetzt werden. Das setzt, wie bei allen völkerrechtlichen Verträgen, eine Befassung des Bundestags bzw. des EU Parlaments voraus.</p>	<p>Die regulatorische Kooperation ist keine gemeinsame Rechtssetzung, vielmehr können, sofern beide Vertragsseiten zustimmen, zum Beispiel bei technischen Fragen eine Harmonisierung bzw. die gegenseitige Anerkennung vorgeschlagen werden. Für die Umsetzung bleiben die Vertragsparteien zuständig.</p>
<p>Frage 5: ILO Normen Wir meinen, Handelsabkommen sollten nur mit Ländern abgeschlossen werden, die alle ILO Kernarbeitsnormen anerkennen und umsetzen? Was bedeutet dies Ihrer Meinung nach für TISA?</p>	<p>Die Anerkennung der ILO-Normen ist nicht allein entscheidend für das Arbeitsschutzniveau. Im Rahmen der CETA-Verhandlungen wurde vereinbart, eine Ratifizierung aller ILO-Normen (Arbeitsmarktklauseln) zu erreichen.</p>	<p>Aus Sicht der Freien Demokraten ist auch bei TISA zwingend eine „Arbeitsmarktklausel“ aufzunehmen, die ausländische Dienstleister zwingen die nationalen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beachten. Die Umsetzung der ILO Kernarbeitsnormen als Bedingung für das Abkommen zu machen, sehen wir skeptisch.</p>
<p>Frage 6: Arbeitsplätze Durch Handelsabkommen können Arbeitsplätze gefährdet werden (s. NAFTA). Wie ist Ihre Prognose bezüglich der Entwicklung von Arbeitsplätzen in den Ländern der EU im Hinblick auf CETA? Worauf basiert diese Einschätzung?</p>	<p>Seit wann sind die Argumente des Profaschisten Ross Perot salonfähig? Nein, im Gegenteil. Durch eine Harmonisierung von Regeln ist zwischen der EU und Kanada (die beide ein etwa ähnliches ökonomisches Niveau haben, was zwischen der USA und Mexiko nicht gilt) eine win-win-Situation entstanden.</p>	<p>Trotz verschiedener Herangehensweisen rechnen fast alle Prognosen ist mit einem Wirtschaftswachstum zu rechnen. Wirtschaftswachstum ist notwendig, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Deutschland aber auch Hessen werden davon spürbar profitieren können.</p>
<p>Frage 7: Niedrige Sozial- und Umweltstandards Beispiel: Rund 80 % aller Deutschen lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel (GMO) ab. CETA würde den europäischen Markt für GMO öffnen. Welche Argumente sprechen aus Ihrer Sicht für oder gegen eine solche Regelung?</p>	<p>Mir ist kein geplanter Zwang zum Konsumieren dieser Lebensmittel bekannt, im Gegensatz zu einer (selbstverständlichen) Kennzeichnungspflicht. Ich mag auch kein kanadisches Bier, bin aber froh, dass es dann erhältlich ist und wir nicht rumjammern über den Verfall des deutschen Reinheitsgebotes.</p>	<p>Auch nach Inkrafttreten von CETA müssen alle kanadischen Produkte den hohen Anforderungen und europäischen Regelungen etwa im Bereich der Lebensmittelsicherheit genügen, um in die EU eingeführt werden zu dürfen. Die Regelungen für Gesundheits- & Verbraucherschutz trifft der europäische Gesetzgeber.</p>
<p>Frage 8: Rekommunalisierung Das Abkommen CETA sieht vor, dass einmal privatisierte kommunale Dienstleistungen (Wasser) nicht mehr rekommunalisiert werden können., d.h. die Privatisierungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden, selbst wenn diese sich nachteilig auf die Versorgungslage auswirken. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Diese so genannten ratchet-Klauseln sind für kritische bzw. sensible Strukturen nicht anwendbar. Dazu gehören auch kommunale Dienstleistungen.</p>	<p>Aus dem Wortlaut des endgültigen Vertragstextes ergibt sich eindeutig, dass CETA es auch weiterhin den Staaten und somit auch Deutschland (bzw. den Kommunen) erlaubt, selbst zu entscheiden, wie die Daseinsvorsorge organisiert wird. Dies schließt auch die Möglichkeit der Rekommunalisierung ein.</p>
<p>Frage 9: Vorsorge- versus Nachsorgeprinzip In den Bereichen des Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes gilt in der EU das Vorsorgeprinzip und ist auch gesetzlich verankert. In Kanada gilt jedoch das Nachsorgeprinzip. Wie wollen Sie bei der CETA Abstimmung im Bundestag mit diesem Widerspruch umgehen?</p>	<p>Manchmal wäre ich froh wenn wir dieses Prinzip hätten: Mit exorbitanten Schadensersatzansprüchen bei Nachlässigkeit oder kriminellen Verschulden von Firmen. Aber, wie bereits erwähnt, wird es keine Absenkung von Schutzstandards in den genannten Bereichen geben.</p>	<p>Das Vorsorgeprinzip ist eine wichtige Errungenschaft des europäischen Rechts. Im Rahmen der Verhandlungen zu CETA ist es gelungen das Vorsorgeprinzip beizubehalten. Das „right to regulate“ ist sowohl in der Präambel, als auch mehrfach im weiteren Vertragstext festgeschrieben.</p>
<p>Frage 10: Wenn über CETA im Bundestag abgestimmt wird, wie stimmen Sie persönlich ab?</p>	<p>Zum jetzigen Stand der Verhandlungen werde ich CETA zustimmen.</p>	<p>Zustimmung</p>

FRAGEN 1 – 10:	GRÜNE	Die LINKE (Monika Christann)
<p>Frage 1: Blockbildung und Sicherheit Wir sehen die Gefahr, dass die Handelsabkommen zwischen den Industrienationen zur wirtschaftlichen Abschottung gegen die Entwicklungsländer führen und somit die Weltlage durch die Bildung dieser großen wirtschaftlicher Blöcke noch instabiler wird. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Wir stehen für offene Kooperation und globale Solidarität. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen. Dazu müssen Regeln multilateral verhandelt werden. Die Institution dafür ist eine reformierte WTO. Isolationismus ist keine Lösung.</p>	<p>Das trifft zu. Die ökonomische Macht der westlichen Industrieländer erdrückt ärmere Länder. Die Blockbildung teilt die wirtschaftlichen Leistungen des Globus weitgehend unter sich auf. Die immer noch bestehenden Agrar-Subventionen (z.B. durch die EU) zerstören weitgehend Agrarstrukturen und die Subsistenz in sog. "Entwicklungsländern".</p>
<p>Frage 2: Transparenz Fühlen Sie sich zu den aktuell verhandelten Abkommen TISA, EU-Japan und EU-Singapur als PolitikerIn ausreichend informiert? Wenn Nein: Wo sehen sie Mängel in der Transparenz der Inhalte der Verhandlungen?</p>	<p>Nein, die aktuell verhandelten Abkommen sind nicht offen und transparent verhandelt. Weder für uns Politiker*innen noch für die Öffentlichkeit sind Ziele oder gar Zwischenstände nachvollziehbar. Dazu braucht es ein anderes Herangehen. Für die Mängel reichen die gewünschten 300 Zeichen nicht aus.</p>	<p>Keineswegs informiert, sondern bewusst ausgeschaltet. <i>Über die geheimen TISA-Verhandlungen wurden und werden ParlamentarierInnen nicht informiert, die den "Souverän" im Parlament vertreten und schließlich über die Annahme des jeweiligen Vertragswerks abstimmen sollen</i></p>
<p>Frage 3: Investorenschutz ICS Wie bewerten Sie die Gefahr, dass durch den Investorenschutz die demokratische Gesetzgebung ausgehebelt wird und der Steuerzahler die Kosten zu tragen hat? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Gefahr ausschließen?</p>	<p>Die Gefahr besteht. Sonderklagerechte lehnen wir entschieden ab. Wir wollen einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der UN, vor dem auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können.</p>	<p>Wir sind gegen privatwirtschaftliche Schiedsgerichte aller Varianten. Wir haben ein funktionierendes Rechtssystem. Die Privaten Schiedsgerichte wie der ICS dienen allein den Konzernen, die einseitig Staaten, Regionen und Städte auf geschätzte entgangene Gewinne verklagen können.</p>
<p>Frage 4: Regulatorischer Rat Als so genanntes „lebendiges Abkommen“ soll CETA auch nach Vertragsabschluss ständig verändert werden, ohne dass der Bundestag, der Bundesrat und das EU Parlament beteiligt werden soll. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Siehe Frage 2: Wir legen Wert auf demokratische Kontrolle und transparente Aushandlung von fairen Abkommen. Dass Vereinbarungen angepasst werden ist selbstverständlich – aber auch dieser Prozess muss zwingend demokratisch legitimiert sein.</p>	<p>Als skandalös und nicht hinzunehmen. Die Parlamente werden entmachtet. Sie können nicht mehr eingreifen, wenn die Vertragsergänzungen Menschen-, Umwelt-, VerbraucherInnenrechten und weitere Schutzrechte sowie die kommunale Daseinsvorsorge negativ beeinflussen. Lobbyisten bekommen im Vorfeld noch vor den Parlamenten Einblick und Beratungsmöglichkeiten in Gesetzesvorhaben.</p>
<p>Frage 5: ILO Normen Wir meinen, Handelsabkommen sollten nur mit Ländern abgeschlossen werden, die alle ILO Kernarbeitsnormen anerkennen und umsetzen? Was bedeutet dies Ihrer Meinung nach für TISA?</p>	<p>Alle am Welthandel Teilnehmenden sollen die Kernarbeitsnormen der ILO einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne muss aufhören. Wir kämpfen u.a. deshalb für einen Neustart von TISA.</p>	<p>Das betrifft nicht nur TISA, sondern die meisten anderen Handelsverträge seit Gründung der WTO. Gerade auch bei TTIP, CETA und TiSA sind Hauptakteure wie die USA und Kanada nicht daran interessiert, die fehlenden Kernarbeitsnormen nachträglich zu unterzeichnen.</p>
<p>Frage 6: Arbeitsplätze Durch Handelsabkommen können Arbeitsplätze gefährdet werden (s. NAFTA). Wie ist Ihre Prognose bezüglich der Entwicklung von Arbeitsplätzen in den Ländern der EU im Hinblick auf CETA? Worauf basiert diese Einschätzung?</p>	<p>Das ist extrem schwer einschätzbar, als exportstarke Volkswirtschaft könnte Deutschland durchaus profitieren. Für andere EU-Volkswirtschaften sieht es ggf. anders aus. Generell sollten Handelsabkommen weder zu internationalem Lohndumping noch zu Verwerfungen auf den lokalen Arbeitsmärkten führen.</p>	<p>Das Ziel der Handelsverträge ist, nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu eliminieren. Der Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten spielt in den Handelsverträgen keine Rolle. Die EU berechnet den Zuwachs von Arbeitsplätzen als minimal.</p>
<p>Frage 7: Niedrige Sozial- und Umweltstandards Beispiel: Rund 80 % aller Deutschen lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel (GMO) ab. CETA würde den europäischen Markt für GMO öffnen. Welche Argumente sprechen aus Ihrer Sicht für oder gegen eine solche Regelung?</p>	<p>Abgesehen davon, dass wir gentechnisch veränderte Lebensmittel generell ablehnen, muss es selbstverständlich in der demokratischen Kontrolle der Menschen bleiben, ob solche riskanten Experimente hingenommen werden. Es spricht also nichts für eine erzwungene Marktöffnung.</p>	<p>Die GMO-Anwendung kann zu einem Eingriff in die Natur mit katastrophalen ökologischen Auswirkungen führen, die nicht mehr zu korrigieren sind.</p>
<p>Frage 8: Rekommunalisierung Das Abkommen CETA sieht vor, dass einmal privatisierte kommunale Dienstleistungen (Wasser) nicht mehr rekommunalisiert werden können, d.h. die Privatisierungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden, selbst wenn diese sich nachteilig auf die Versorgungslage ausgewirkt haben. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Wir verstehen den Wunsch nach einer möglichst hohen Planbarkeit von Investitionen, aber wichtiger ist uns noch die demokratische Steuerungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wir fordern gerade für Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge volle Handlungsautonomie für die Kommunen.</p>	<p>Diese Bestimmungen sind abzulehnen. Einmal privatisiert, ist der Zugang zur Rekommunalisierung versperrt, sonst droht eine Klage von Konzernen wegen entgangener Gewinne. Das beinhaltet bei TISA sogar zukünftige Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind.</p>
<p>Frage 9: Vorsorge- versus Nachsorgeprinzip In den Bereichen des Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes gilt in der EU das Vorsorgeprinzip und ist auch gesetzlich verankert. In Kanada gilt jedoch das Nachsorgeprinzip. Wie wollen Sie bei der CETA Abstimmung im Bundestag mit diesem Widerspruch umgehen?</p>	<p>Oft sind es Umwelt-, Verbraucher- oder Sozialstandards, die zu Hürden für den Handel erklärt werden und darum abgeschafft werden sollen. Wir Grüne kämpfen dafür, das Vorsorgeprinzip und hohe Schutzstandards zu verankern. Das gilt auch für CETA.</p>	<p>Die Abkehr vom Vorsorgeprinzip, das bisher in der EU Anwendung findet oder angewandt werden soll, und die geplante Anwendung des transatlantischen „Wissenschaftsprinzips“, bei dem erst Schäden entstanden sein müssen, bevor ein Produkt verboten werden kann, ist abzulehnen.</p>
<p>Frage 10: Wenn über CETA im Bundestag abgestimmt wird, wie stimmen Sie persönlich ab?</p>	<p>In der derzeitigen Form halte ich CETA für nicht zustimmungsfähig und würde es ablehnen.</p>	<p>Ablehnung</p>

FRAGEN 1 – 10:	PIRATEN (Thomas Gaskow)	SPD (Ulli Nissen)
<p>Frage 1: Blockbildung und Sicherheit Wir sehen die Gefahr, dass die Handelsabkommen zwischen den Industrienationen zur wirtschaftlichen Abschottung gegen die Entwicklungsländer führen und somit die Weltlage durch die Bildung dieser großen wirtschaftlicher Blöcke noch instabiler wird. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Handelsabkommen werden vor allem zum Wohle der Verhandellnden geschlossen. Es bleibt das Problem, dass die Verhandlungspartner jeweils die Interessen des von ihnen vertretenen Landes versucht durchzusetzen. Somit ist systematisch nicht auszuschließen, dass ein so zustande kommendes Abkommen zu Lasten Dritter geht.</p>	<p>Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht und in einer globalisierten Welt notwendig. Sie sind nicht gegen Entwicklungsländer gerichtet, sondern sie dienen zunächst einmal der Verstärkung der Handelsbeziehungen zwischen zwei Partnern. Die SPD setzt sich insgesamt für fairen Handel ein. Handelspolitik ist nicht nur ein Instrument der Wirtschaftsförderung.</p>
<p>Frage 2: Transparenz Fühlen Sie sich zu den aktuell verhandelten Abkommen TISA, EU-Japan und EU-Singapur als PolitikerIn ausreichend informiert? Wenn Nein: Wo sehen sie Mängel in der Transparenz der Inhalte der Verhandlungen?</p>	<p>Die Erfahrung zeigte, dass es für Abstimmungen zu Vorlagen kam und die Vorbereitungszeit und -möglichkeiten nur unzureichend waren. Lesbare Zusammenfassungen sind zu begrüßen, wenn sie zeitnah sind. Allerdings sollten in diesen Zusammenfassungen die Positionen explizit hervorgehen, auch von den einzelnen Ländern.</p>	<p>Die zahlreichen Proteste bei TTIP haben dazu geführt, dass sich die Informationspolitik bei den Freihandelsabkommen deutlich verbessert hat. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages werden regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen informiert. Gleichzeitig werden inzwischen Verhandlungsgegenstände, Zwischenergebnisse zu den Verhandlungen im Internet veröffentlicht.</p>
<p>Frage 3: Investorenschutz ICS Wie bewerten Sie die Gefahr, dass durch den Investorenschutz die demokratische Gesetzgebung ausgehebelt wird und der Steuerzahler die Kosten zu tragen hat? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Gefahr ausschließen?</p>	<p>Weder die EU noch Japan sind Länder, bei denen erhöhte Rechtsunsicherheit besteht. Damit widerspricht der Investorenschutz dem, was wir heute unter demokratischen Prinzipien verstehen. Ein Risiko besteht darin, dass nachfolgende Generationen an diese Verträge gebunden sind, und so keinen Gestaltungsspielraum haben, eigene Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen.</p>	<p>Üblich ist dieser Investorenschutz eigentlich nur bei Ländern mit unzureichenden Rechtssystemen. Bei CETA vertrete ich die Auffassung, dass die Rechtssysteme der Vertragspartner für Investoren ausreichenden Schutz bieten. Nach meiner Auffassung könnten die Passagen zum Investorenschutz gestrichen werden. Ich sehe die Gefahr, dass demokratische Gesetzgebung ausgehebelt wird.</p>
<p>Frage 4: Regulatorischer Rat Als so genanntes „lebendiges Abkommen“ soll CETA auch nach Vertragsabschluss ständig verändert werden, ohne dass der Bundestag, der Bundesrat und das EU Parlament beteiligt werden soll. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Das ist schlecht. Denn hierbei geht es um die Verpflichtung von Staaten, die ihrerseits zwangsläufig Auswirkungen auf Unternehmen oder Bürger direkt haben werden. Ein solches Vorgehen ist ziemlich offensichtlich eine Entmachtung der Parlamente und damit der Betroffenen.</p>	<p>CETA als „lebendiges Abkommen“ soll stetig weiterentwickelt werden und europäische und kanadische Standards im Rahmen von regulatorischer Zusammenarbeit in Sondergremien angeglichen werden. In diesen Gremien sitzen vor allem Vertreter von Großunternehmen. Sie können sehr früh Zugang zu Gesetzestexten erhalten und Empfehlungen an Regierungen abgeben. Ich lehne diese Gremien und ihren Einfluss auf die Gesetzgebung ab.</p>
<p>Frage 5: ILO Normen Wir meinen, Handelsabkommen sollten nur mit Ländern abgeschlossen werden, die alle ILO Kernarbeitsnormen anerkennen und umsetzen? Was bedeutet dies Ihrer Meinung nach für TISA?</p>	<p>Ja, Handelsabkommen sollten nur mit Ländern abgeschlossen werden, die alle ILO Kernarbeitsnormen anerkennen und umsetzen. Wir können einen Nutzen für Staaten und Unternehmen bieten, und gleichzeitig zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Wobei es bei ILO Kernarbeitsnormen um einen absoluten Mindeststandard geht.</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei allen beteiligten Ländern die ILO Kernarbeitsnorm anerkannt und umgesetzt wird. Die Regelungen bei CETA dienen dabei als Vorbild: CETA wurde so ausgestaltet, dass es keine Aufweichungen von Arbeitsstandards in Deutschland geben kann. CETA hat dazu geführt, dass Kanada inzwischen 7 der 8 Kernarbeitsnormen ratifiziert und das Verfahren zur Ratifizierung der noch ausstehenden Kernarbeitsnorm begonnen hat.</p>
<p>Frage 6: Arbeitsplätze Durch Handelsabkommen können Arbeitsplätze gefährdet werden (s. NAFTA). Wie ist Ihre Prognose bezüglich der Entwicklung von Arbeitsplätzen in den Ländern der EU im Hinblick auf CETA? Worauf basiert diese Einschätzung?</p>	<p>Die Auswirkungen werden mittel- und langfristig negativ sein, aus zwei Gründen: Im Rahmen der Verhandlungen fanden vor allem die Interessen der gut vertretenen Großunternehmen Gehör. Der Mittelstand, der aber Arbeitgeber eines großen Teils der Beschäftigten ist, hat im Zweifel den Schwarzen Peter gezogen.</p>	<p>Selbstverständlich gehen die Experten davon aus, dass es eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geben wird. In der Vergangenheit hatten wir stets eine positive Entwicklung durch Marktöffnungen, wie zum Beispiel mit dem EU-Binnenmarkt. Seriöse Schätzungen hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind meines Erachtens nicht möglich.</p>
<p>Frage 7: Niedrige Sozial- und Umweltstandards Beispiel: Rund 80 % aller Deutschen lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel (GMO) ab. CETA würde den europäischen Markt für GMO öffnen. Welche Argumente sprechen aus Ihrer Sicht für oder gegen eine solche Regelung?</p>	<p>Eine Ernährung ohne GMO muss generell möglich sein. Dies bedingt die absolute Kennzeichnungspflicht von GMO als solche. Denn es muss die Möglichkeit geben, sich zwischen solchen mit und ohne GMO zu entscheiden. Dass grundsätzlich auch Vorteile durch GMO erzielt werden können, sollte nicht verdrängt werden. Dass lediglich Nicht-GMO gekennzeichnet werden, halte ich für falsch.</p>	<p>Die SPD setzt sich in Deutschland und Europa weiterhin für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Die SPD setzt sich für einen umfassenden Verbraucherschutz auch auf europäischer Ebene und damit für eine lückenlose Kennzeichnung auch bei der Herstellung mit Gentechnik ein.</p>
<p>Frage 8: Rekommunalisierung Das Abkommen CETA sieht vor, dass einmal privatisierte kommunale Dienstleistungen (Wasser) nicht mehr rekommunalisiert werden können, d.h. die Privatisierungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden, selbst wenn diese sich nachteilig auf die Versorgungslage auswirken haben. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?</p>	<p>Vergleichbar mit einem Eingriff in die Vertragsfreiheit. Hier muss man den Gemeinden und Kommunen den Handlungsspielraum und die Freiheit lassen, getroffene Entscheidungen zu revidieren. Die vorgesehenen Regelungen führen jede Form der Bürgerbeteiligung, und sei es nur durch Wahlen, ad absurdum.</p>	<p>Diese These trifft nicht zu. Auch nach Inkrafttreten des zwischen der Europäischen Union und Kanada vorgesehenen Freihandelsabkommens CETA bleiben Rekommunalisierungen in Deutschland möglich. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (18/9193) heißt es wörtlich: „Deutschland hat keine Verpflichtung übernommen, die es verbietet, Privatisierungen zuvor öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Vermögen wieder rückgängig zu machen und die betroffenen Aufgaben erneut in kommunale Trägerschaft zu übergeben.“</p>
<p>Frage 9: Vorsorge- versus Nachsorgeprinzip In den Bereichen des Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes gilt in der EU das Vorsorgeprinzip und ist auch gesetzlich verankert. In Kanada gilt jedoch das Nachsorgeprinzip. Wie wollen Sie bei der CETA Abstimmung im Bundestag mit diesem Widerspruch umgehen?</p>	<p>Handelsabkommen dürfen nicht zu einem Race-to-the-Bottom werden. Eine solche Umkehr ist nicht zum Wohle des Menschen, das Interesse seitens der Unternehmen ist natürlich verständlich. Hierbei handelt es sich um einen der Aspekte, an denen deutlich wird, in wessen Interesse ein Handelsabkommen – und CETA ist hier nur ein Beispiel – verhandelt werden.</p>	<p>CETA stellt eine Gefahr für die Regulierung von gentechnisch manipulierten Organismen dar. In der EU wird bezüglich gentechnisch manipulierter Mechanismen das Vorsorgeprinzip angewandt, in Kanada das Nachsorgeprinzip. Auch diese Diskrepanz ist eine Gefahr für die Regulierung gentechnisch manipulierter Organismen.</p>
<p>Frage 10: Wenn über CETA im Bundestag abgestimmt wird, wie stimmen Sie persönlich ab?</p>	<p>Ablehnung in der jetzigen Fassung</p>	<p>So wie CETA ist würde Frau Nissen mit NEIN stimmen.</p>